

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstermin: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. Juni 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pf., die übrigen alleinstellende Zeilen-Anzeigen, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 66

Die X. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Nürnberg

Erster Verhandlungstag (14. Juni)
Nachmittags-sitzung

Seit gibt vor Eintritt in die Weiterberatung des Geschäftsberichts drei Begrüßungs-Telegramme bekannt, und zwar von einem Ausfluge der Kollegen von Allenburg-Meinshaus-Unda, vom Bezirksvereine Mainz und vom Kollegen Nagroski in Danzig.

Schweiniß erläutert hierauf den gedruckten vorliegenden Kassenbericht des Verbandes und hebt einige beachtenswerte Ereignisse oder Ergebnisse in finanzieller Hinsicht hervor. Er betont, daß trotz der großen Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiete seit der Würzburger Generalversammlung die finanziellen Grundlagen des Verbandes nicht erschüttert wurden. Das sei ein Beweis dafür, daß diese Grundlagen gesund seien und bei entsprechendem vorsichtigen Weiterbau auch die Garantie dafür bieten, daß wir auch kommenden Anforderungen gewachsen sein werden. Es sei daher eine ganz falsche Spekulation in Prinzipalskreisen, wenn dort die Ansicht verbreitet werde, daß es mit unsern Mitteln schlecht bestellt sei. Die Prinzipale haben nämlich an einzelnen Orten versucht, durch solche Märchen ihre eignen schwankenden Reizen zu stützen und in die Reihen unsern eignen Kollegen Verwirrung zu tragen, was ihnen jedoch nicht gelungen ist. Es zeige sich in dieser Zahl der Prinzipalsität ein großer Widerspruch; denn gegen eine gewisse Geschäftsstelle hätte sie doch keine solche kollektive Abwehrorganisation nötig, wie sie diese erst neuerdings wieder stärker ausgebaut habe. Wir lachen den Konflikt nicht, sind aber stark genug, ihm nicht ausweichen zu müssen, wenn er uns in Zukunft auszuweichen würde. Die Generalversammlung werde sicher Mittel und Wege finden, die finanzielle Widerstandskraft des Verbandes noch mehr zu stärken. Unsere ganze finanzielle Unterlage baut sich auf einem äußerst gesundem Machsfaktor auf, und das sei die höchentwickelte Pflicht zur Solidarität. Im Verlaufe von fünfzig Jahren sei eine dreimalige Beitragserhöhung erforderlich gewesen; diese habe aber jedesmal volles Verständnis in der Kollegenchaft gefunden, ja es habe sogar nicht an Abänderungen aus Mitgliederkreisen gefehlt, die eine noch größere Opferwilligkeit erkennen lassen. Das ist ein gesund gewerkschaftlicher Sinn. Wir müssen aber trotzdem alles vermeiden, was diesen gesunden Sinn zerören könnte. Diese Gefahr könne dadurch herausbesprochen werden, daß hohe öffentliche Ertragsbeiträge für Zwecke beschlossen werden, die nicht immer im Einklange mit den Aufgaben der Organisation stehen. Neben Ablehnung aller weitergehenden Unterstützungsanträge wurde seit der Würzburger Generalversammlung doch wiederholt eine andere Regelung der Unterstützung der Ausgewiesenen vorgenommen und dadurch der ärgsten Not in vielen Fällen neben der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung wesentlich gesteuert. Der Verbandsvorstand hätte gern auch für die Invaliden mehr getan, aber die statutarischen Bestimmungen ließen es nicht zu. Es wurde mit einer einmaligen Ertraunterstützung zu Weihnachten mit je 50 Mk., im Gesamtbetrage von über 253000 Mk., auch hier nachgeholfen. In welchem Umfange sich das Unterstützungswesen erweitert hat, ergibt sich aus einem Vergleich des letzten Jahres mit dem Friedensjahr mit dem Jahre 1919. Die Arbeitslosenunterstützung betrug von 1909 bis 1913 im Jahresdurchschnitt 1281039 Mk., gegen 1670031 Mk. im Jahre 1919. Vor dem Kriege machte das auf einen Wochenbeitrag einen Anteil von 41,4 Pf., während für das Jahr 1919 ein solcher von 57,4 Pf. in Frage kam. Die Steigerung in dieser Vergleichsperiode betrug für Reize- und Arbeitslosenunterstützung zusammen 457924 Mk. oder 35 Proz. für Amalgamkosten 13 Proz.; für Krankenunterstützung eine Abnahme um 33 Proz., während das Sterbegeld eine Steigerung von 67 Proz. erfuhr. Für die Invaliden ergab sich infolge der zahlreicher Beschlüsse eine Ausgaben-erhöhung um 67 Proz.; hier stieg der Anteil des Verbandbeitrags von 10,9 auf 15,5 Pf.; dabei gibt es Gaeue, die schon über 20 Pf. Beitragsanteil hinausgekommen sind. Die Rückvergütung an die Gaeue, für Verwaltung usw. belief sich vor dem Kriege auf 167597 Mk., im Jahre 1919 dagegen auf 433751 Mk. Die Rüflungen der Prinzipale haben uns gezwungen, den Beitrag von 1,50 Mk. zunächst auf 2 Mk. und zuletzt auf 3 Mk. zu

erhöhen. Das war in erster Linie deshalb nötig, um die Organisation zur Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben zu befähigen. Diese Notwendigkeit wurde von der Kollegenchaft in erfreulicher Weise verstanden. Zieht man die Geldentwertung in Betracht, so haben die Kollegen vor dem Kriege wöchentlich zwei Stundenlöhne für den Verband gesteuert, während jetzt bei 3 Mk. Beitrag nur zwei Drittel eines Stundenlohns in Frage kommen. Der Redner streift auch die Heranziehung der Gewerkschafts-kassen zur Steuerleistung und stellt fest, daß zwar alle hier in Frage kommenden Gaeue eine solche Belastung ausschließen, daß aber trotzdem bei der Befreiung von der Kopfsteuer immer noch Schwierigkeiten gemacht werden. Der Umstand, daß die Gewerkschaftskassen zum größten Teil aus einzelnen Personen eingetragen sind, macht eine Unterzeichnung bei Steuererträgen oft schwer, weshalb es sich empfehle, die Depots usw. nicht mehr auf Personen, sondern auf die betreffenden Korporationen einzutragen zu lassen. Eine pünktlichere Abrechnung sei allenthalten anzustreben, wie es auch Aufgabe der Generalversammlung sein werde, eine Vereinfachung der Kassen- und Buchführung herbeizuführen. In finanzieller Hinsicht haben wir den Krieg besser überstanden als manche andere Gewerkschaft, was wir nur der gesunden Grundlage unserer ganzen Vergangenheit verdanken. Auf diesem Boden werden wir auch in Zukunft aufwärts und vorwärts kommen. (Die übrigen rednerischen Angaben sind im gedruckten Jahresbericht des Verbandsvorstandes enthalten, der im „Korr.“ schon ausführlich behandelt ist und demnachst in die Hände aller Mitglieder kommen wird, auf den wir der Kürze halber hiermit hinweisen.)

Kölke erörtert noch kurzer Geschäftsordnungsbeschlüsse als Referent der Opposition, unter der nach Begründung durch die Antragsteller die Gegner der von dem Verbandsvorstand vertretenen Auffassung der Verbandsaufgaben zu verstehen sein sollen, nach besonderer Abstimmung eine einstimmige Redezeit zugebilligt. Unter Berufung auf den schon oft betonten Wunsch nach Einigkeit erklärt er den Willen zur Einigkeit, möchte jedoch zunächst klargestellt wissen, welcher Grundgedanke die Einigkeit herbeizuführen könne. In dieser Hinsicht diene der Vorstandsbericht dazu, zu sagen, daß die bisherige Misere unser Lebens ihren Ausgang von einer Politik genommen habe, mit der wir uns als Arbeiter unter keinen Umständen einverstanden erklären können. Die Gewerkschaftsführer und Verbandsvorstände hätten sich bei Ausbruch des Krieges auf einen sogenannten Bürgerfrieden eingelassen, der die Arbeiterchaft an der Durchführung ihrer wichtigsten Aufgaben gehindert habe. Die Durchhaltenspolitik habe die Gewaltherrschaft der Militärparlei erleichtert. Die Bildung der Arbeitsgemeinschaften sei auf dieselben Ursachen zurückzuführen und habe bisher nur den Interessen des Unternehmertums gedient, die dadurch ihre gefährdeste Herrschaft wieder befestigen wollen. Der Vorstandsbericht gibt daher Veranlassung, diese Politik zu verwerfen, weil sie nicht mit den Aufgaben einer Klassenkampforganisation zu vereinbaren ist. Es sei zu unterschreiben, daß die Bilanz der Kriegsjahre für uns nicht viel Ertrüebtes gebracht habe, daß wir wirtschaftlich nicht vorwärtsgekommen sind, daß wir alle Kräfte anspannen müssen, daß nicht noch mehr Arbeitslose ins Elend gestochen werden. In der heftigen Wirtschaftskrise werde dies allerdings nicht möglich sein. Es sind daher Mittel und Wege zu suchen, die auf neuen Bahnen zu einer Besserung führen. Wenn gelang wird, daß alles versucht worden sei, um der Not zu steuern, so sei zuzugabeden, daß im Rahmen der bisherigen zentralen Maßnahmen alles versucht wurde. Es ist und bleibt aber unmöglich, den irdischen Verhältnissen auf dem Wege Rechnung zu fragen. Das Einfließen auf Ratenzahlungen sei unbedingt zu verwerfen, denn dadurch seien die Prinzipale in die Lage gekommen, hartnäckig als je zuvor aufzutreten. Dadurch wurden auch die Anträge gegen den Druck erwerbes vor den Kopf gestochen. Es wäre besser gewesen, gleich von vornherein solche Forderungen aufzustellen, die solche Ratenzahlungen unnötig gemacht hätten. Den Kollegen in der Provinz sei es nachzuführen, daß sie mit solchen Abmachungen nicht zufrieden sind. Die Unterdecks sind im allgemeinen nicht so groß, wie sie in den Lohnlisten zum Ausdruck kommen. Die in der Tarifgemeinschaft bestehenden Gegensätze zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisation lassen sich niemals ausgleichen. Die Tarifgemeinschaft könne daher den neuesten Forderungen auch niemals angepaßt werden, weil die Prinzipale gar kein Interesse daran haben, eine zeitgemäße Tarifgemeinschaft mitzubauen zu helfen. Von unserm Verbandsvorstande

sel anzunehmen, daß er den Pulschlag unser Zeit nur recht maß fähle. Im Vorstandsberichte trete nur die Tätigkeit der Gewerkschafter und der Gehilfenvertreter hervor, von den Mitgliedern werde überhaupt nichts erwähnt, was sie gekümmert hätte. Der Generalstreik, der früher als Generalauflösung bezeichnet worden sei, habe gezeigt, daß wenn die Arbeiter einig sind, sie mit dieser Waffe die Welt erobern können. Wenn im Hinblick auf den Stapp-Pulsch von einem Mittelimmungsrechte der Arbeiter gesprochen werde, so müsse darauf hingewiesen werden, daß die Regierung keinen Finger gerührt habe, um auch nur einen der bekanntlich acht Punkte zu erfüllen. Am Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes hätten nur die Gewerkschaften ein großes Interesse befehligt; die Arbeiter hätten aber nichts anderes als eine Straungierung der Arbeiterkraft. Die Kohlenmagnaten lachen jetzt schon das Betriebsrätegesetz nur als Luft zu betrachten. Die ganzen Gesetz hat überhaupt nur dazu da, die Arbeiterchaft in der Entscheidung zu hindern. Seit Ausbruch der Revolution seien überhaupt keine Fortschritte mehr für die Arbeiterchaft zu verzeichnen, als daß sie am 6. Juni unter dem Schutze der Rillwache ihren Stimmzettel abgeben durften. Auch die Beihilfsordnung ist nicht dazu geeignet, sie als eine große Errungenschaft zu bezeichnen. Die grundsätzlichen Bedingungen des Arbeitsvertrages bleiben davon gänzlich unberührt, die Organisation hat darauf gar keinen Einfluß. Daß die Regierung die gesetzliche Anerkennung des Arbeitsvertrages abgelehnt habe, sei erfreulich; wenn sie es nicht getan hätte, hätte es die Arbeiterchaft tun müssen. Was die Tarifgemeinschaft in Wirklichkeit sei, habe ihr früherer Präsident Bürglein selbst am deutlichsten gesagt. Die Vertretung der Arbeiterchaft auf den Gewerkschaftskongressen müsse unbedingt auf andere Grundlagen gestellt werden, damit es nicht mehr vorkomme, daß sich die Gewerkschaftsführer selbst Absolution erteilen. Auch der internationale Buchdruckerkongress habe seine Pflicht nicht erfüllt, indem er nichts anderes zu tun wollte, als sich auf den Boden der Tarifgemeinschaften zu stellen. Alles was die Opposition schon seit Jahren vorausgesagt habe, sei buchstäblich eingetroffen. Die Resolution des Internationalen Buchdruckerkongresses über die Kriegsschuld sei zu bedauern. Nur ein engerer Zusammenhalt aller Arbeiter könne solche Katastrophen für die Zukunft vermeiden; das sei aber nur dann möglich, wenn alle internationalen Schranken niedergelegt werden. Die russischen Arbeiter hätten die Streikbündel zuerst abgelehnt, und die französischen Arbeiter haben sich zuerst bei den deutschen Arbeitern erkundigt, was diese tun, ehe sie ihren Entschluß in dieser Frage gefaßt hätten. Schon 1912 habe Jaures in Basel die Gefahr des großen Krieges vor Augen geführt und gewarnt und die Kriegsschuld klar gesagt. Die Idee des Industriefverbandes sei nicht von ungefähr gekommen, sondern durch die Opposition von Jahr zu Jahr nähergerückt worden. Durch Schaffung des Graphischen Bundes hätten die Verbandsvorstände nur versucht, diese Bewegung aufzuhalten. Die Mitglieder haben daher auch nichts zu sagen. Die Zeitungsverbände hätten auch von uns Buchdruckern etwas mehr Aktivität erfordert. Die Organisationsleistung hat dazu viel zu spät Stellung genommen. Die Ausführungen des Verbandsvorstandes über die Zentralarbeitsgemeinschaft sind zwar sehr interessant, aber auch sie beweisen nur, daß sich die Gegensätze nicht überbrücken lassen, daß sie aufgelöst werden müssen. Die Arbeitsgemeinschaften sind kein Instrument für Bekämpfung der Arbeiterchaft. Wenn das Rätsel nicht durchschlüsselt werde, dann würden schon die nötigen Kräfte vorhanden sein, um die neue Wirtschaftsordnung zu schaffen. Gegenüber den Äußerungen von Seitz über die Opposition müßte gesagt werden, daß es sich um keine feste Organisation der Opposition handle, sondern um ein loses Zusammenarbeiten mit gleichen Ideen. Der „Graphische Bund“ sei in dieser Hinsicht nur ein Aufklärungsorgan als Ausdrucksorgan der auf dem Boden des graphischen Industriefverbandes stehenden Kollegen. Und gerade die Ausführungen des Kollegen Seitz bilden eine feste Plattform für erfolgreiche Weiterarbeit der Opposition. Ein Punkt auf die Opposition hätte nichts anderes zur Folge als die Zerstückelung des Verbandes. Die Opposition habe sich verpflichtet, als Träger der neuen Zeitgedanken innerhalb des Verbandes zu wirken. Als Zusammenfassung dieser Ausführungen verliest der Redner zum Schluß eine längere Resolution; ebenso eine solche zum Bremer Streit, dessen Durchführung er begrüßt; gleichzeitig beantragt er Aufhebung des Beschlusses, das im „Korr.“ über ökonomische Konflikte, die mit dem Tarifvertragsverhältnisse kollidieren, nicht berichtet werden dürfe.

Dieser ist der Meinung, daß man sich nicht zur Opposition zu zählen braucht, um Kritik an der Tätigkeit des Verbandsvorstandes zu üben. In Hamburg sei man über das Abkommen Mitleid. Seid sehr enttäuscht gewesen, weil dessen materieller Teil eine Verschlechterung des Schiedsgerichts bedeutete. Wenn sich der Verbandsvorstand etwas energischer für dessen Anerkennung eingesetzt hätte, so wäre dies sicher zu erreichen gewesen. Das kollektive Elter der Posten des zweiten Vorstehenden übertragen worden sei, könne er auch nicht gutheißen, da für diesen Posten in so schwerer Zeit eine jüngere Kraft eingesetzt werden müßte, damit eine arbeitsfähige Vertretung in allen wichtigen Angelegenheiten möglich sei. Bedauerlich sei es, daß wir Buchdrucker nicht einmal im Reichswirtschaftsrat vertreten seien, während die Lithographen und Zuchtblätter berücksichtigt seien. Bei einem zukünftigen Generalkongress müßte vom Verbandsvorstand eine klare und einheitliche Parole ausgegeben werden; dann müßte aber auch überall danach gehandelt werden. Auch die Hamburger Kollegenschaft habe verschiedene wilde Streiks unterstützt, aber nicht aus Gemeinlichkeit. Im Falle der Unterstützung des Bremer Streiks müßte jedoch gesagt werden, daß die Hamburger Kollegenschaft sicher keine Unterstützung gewährt hätte, wenn die betreffenden Bremer Vertreter die volle Wahrheit über die Verhältnisse in Bremen gesagt hätten. Eine stärkere Befestigung des Verbandes an der Großenhaufengesellschaft wäre wünschenswert; andere Gewerkschaften seien hierbei viel weniger zurückhaltend. Die Kritik Mollers an der Verbandspolitik habe ihm viel weniger ausgefällt als jene Ebels in der Geheimniskammer der Würzburger Generalversammlung. Entschieden müßte er sich gegen Mollers Ausführungen zum Betriebsrätegesetz wenden; denn es lasse sich in Wirklichkeit doch sehr viel aus diesem Gesetz für die Arbeiterschaft herausholen, wenn im Betriebsrat die richtigen Leute sitzen, die es auch verstehen, mit dem Gesetz umzugehen. Bedauerlich sei nur, daß die Ausführungsbestimmungen über die Bilanzprüfung immer noch auf sich warten lassen.

Seid stellt fest, daß die Vertretung der Lithographen und Zuchtblätter im Reichswirtschaftsrat keinen beruflichen oder gewerblichen Charakter hat, sondern daß die betreffenden Vertreter als Territorialvertreter in Frage kommen, und daß beim letzten Generalkongress die Ausgabe einer einheitlichen Parole durch den Verbandsvorstand nicht möglich gewesen sei, weil Berlin damals von jeder Postverbindung nach außerhalb abgeschnitten gewesen sei; auch sei dabei zu betonen, daß in Berlin aus Arbeiterkreisen schwere Vorwürfe gegen die Buchdrucker erhoben worden seien, weil auch sie sich am Generalkongress beteiligen hätten.

Silger bringt zum Ausdruck, daß, wenn es möglich wäre, wie Seid gesagt habe, daß wir Stein auf Stein bauen könnten, wäre er der erste, der diese Taktik unterstützen würde. Aber das sei gar nicht möglich; in Wirklichkeit werde immer nur Sandhörnchen auf Sandhörnchen gebaut. Auf diesem Wege sei in alle Ewigkeit kein Haus zu bauen. Jeder Sturm zerstreue diese Sandhörnchen wieder in alle Winde. Daß der Verbandsvorstand versprochen habe, den Wünschen der Kollegenschaft näherzutreten, sei keine besondere Erregung, sondern eine Selbstverständlichkeit. Die beträchtlichen Verbesserungen, von denen Seid gesprochen habe, könnten nur dann als solche gelten, wenn sie nicht in Raten zu zahlen wären; denn dadurch käme auch hier immer nur ein Sandhörnchen heraus, das durch die Steigerung der Lebenskosten stets wieder illusorisch werde. Dabei käme noch in Betracht, daß der größte Teil dieser Verbesserungen gar nicht durch die Tarifgemeinschaft erreicht worden sei, sondern durch andere Instanzen; trotzdem wolle aber der Verbandsvorstand an der Tarifgemeinschaft festhalten. Beim letzten Ausschuss haben die Arbeitsgemeinschaften vollständig versagt. Daß der Verbandsvorstand gegen die Opposition nicht schärfer vorgehen wollte, sei erfreulich; denn diese verleihe innerhalb unseres Verbandes auch gar keine neue Idee, sondern nur das, was durch die tatsächliche Entwicklung schon seit 1896 vollständig gerechtfertigt sei. Dem Kollegen Massini mache er zum Vorwurf, daß dieser bei der Bekämpfung der Zettlungsverbote gelegentlich der Verhandlungen mit Moske diesem geraten habe, statt die Zettlungen zu verbieten, die in Frage kommenden Redakteure und Zettlungsbetriebe durch schwere Geldstrafen zur Rechenschaft zu ziehen.

Seid erklärt, daß es sich hier um den Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstandes handle und daß dieser in der Frage der Zettlungsverbote keine Vorschläge bei irgendeiner Regierungskongress gemacht habe.

Massini erhält unter Zustimmung der Versammlung sofort außer der Rede die Bitte das Wort und weist den Vorwurf Silgers zurück, indem er feststellt, daß er Moske gegenüber in der schärfsten Form darauf hingewiesen habe, wie ungerecht es sei, durch Zettlungsverbote Hunderte von Arbeitern brotlos zu machen, und daß es doch noch andre Mittel gäbe, um gegen strafbare Vergehen von Redakteuren oder Zettlungsverlegern vorzugehen, als durch Zettlungsverbote.

Barthnecht wendet sich gegen den „Korr.“, der es in erster Linie verstanden habe, daß der Opposition ein laider Aufreagense. Es seien aber bei der Opposition viele treue Verbandsmitglieder und Vertrauensleute der Kollegenschaft, die wohl wüßten, was sie wollen; die mit großer Liebe am Verband hängen und es als ihre heilige Pflicht betrachten, den Verband vorwärtszubringen. Es müßte daher auch hier ausgesprochen werden, was ist; es wäre ein großer Fehler, wenn die Gegenfrage nicht klar und deutlich beantwortet werden könnten. Die Tarifgemeinschaft habe im Brand des Krieges gänzlich versagt; wir es jetzt schreiben, daß die Buchdrucker während des Krieges ein Hungerleben führen mußten. Daß durch die Verbandspolitik der Zunftfrieden bis zum

Zusammenbruch verfestigt wurde, sei aufs Schärfste zu verurteilen. Hierher gehöre auch die Kriegsanteilsbeschlagnahme durch den Verband. Ziel bewerkstelligt sei es, daß in einer Tarifauschussführung im vorigen Jahre von Gehilfen eine scharfe Rede gegen den Rätegedanken gehalten worden sei. Auch er protestiere gegen das Vertrauensvotum des letzten Gewerkschaftskongresses für eine solche gewerkschaftliche Zunftfriedenspolitik. Es sei ganz falsch, zu sagen, die Opposition wolle unter allen Umständen den Streik. Aber wenn es sich darum handele, daß die Arbeiterschaft alle ihre berechtigten Forderungen in Gefahr sieht, da wäre wir nicht würdig Buchdrucker zu sein, wenn wir nicht unsere ganze Kraft dafür einleihen wollten. Wir haben das größte Interesse daran, die Einigkeit zu fördern, aber das ist nur dann möglich, wenn die Differenzpunkte geklärt sind. Wir wollen keine Verharmlosung der Gegensätze, wir wollen den Klassenkampf im berechtigten Interesse der Arbeiterschaft, weshalb er bitte, die Resolution Mollers anzunehmen.

Albrecht (Möllers) weist darauf hin, daß sowohl Moske wie Barbkoch sich sehr ausgiebig mit der Zeit vor der Würzburger Generalversammlung beschäftigt haben; diese habe jedoch über alle diese Punkte schon entschieden. Ein großer Fehler sei es, die Ursachen aller dieser Verhältnisse völlig aus dem Auge zu lassen. Bei Ausbruch des Krieges hat keiner unserer Führer in Nationalismus geschweigt. Sie alle wußten, daß der Krieg, ganz gleich wie er ausgehen würde, ein großes Verbrechen am Volke war und ein einschneidendes Ängstlich für die ganze Arbeiterschaft sein werde, das uns Jahrzehnte in der Entwicklung zurückwerfen werde. Die Internationalität wurde von den deutschen Arbeitern immer in vorbildlicher Weise gepflegt. Aber der Kollege Mollers hat ein paar Wochen gegenwärtig in den von den Franzosen besetzten Gebieten im Westen sitzen müssen, er würde in wenigen Wochen mit Schreden seines andern befehrt werden. Die französischen Arbeiter wollen uns Moral lehren; viel nötiger hätten sie, in ihrem eignen Lande dafür zu sorgen, daß sie auf ihre Regierung einen Einfluß bekommen; dann wäre der internationalen Arbeiterschaft weit besser gedient. Es ist eine Ungerechtigkeitsfrage, den heutigen Verbandsvorstand für die ganze Kriegspolitik verantwortlich zu machen. Die Tarifgemeinschaft ist kein Produkt der Revolution, und trotzdem haben auch die Arbeitsgemeinschaften während des Krieges der Arbeiterschaft schon gute Dienste geleistet. Die Ratensatzungen haben auch den Gehilfenvertretern nicht genügt. Sie haben sich bis zum äußersten dagegen gewehrt; aber sie konnten als verantwortungsvolle Männer die Kollegen nicht in einen Kampf treiben, der im Hinblick auf die niederliegenden gewerblichen Verhältnisse zu einem Ängstlich für sie geworden wäre. Moske soll uns einen gangbaren Weg zeigen, der uns weiter führt, und wir möchten den sehen, der nicht mit Freuden zugreifen würde, wenn er nicht bloß theoretisch, sondern praktische Vorschläge machen kann. Auf Grund der ganzen Verhältnisse müßten die Gehilfenvertreter zu der Auffassung kommen, daß der Weg der Verständigung für alle das Beste sei. Er könne die Tätigkeit des Verbandsvorstandes mit seiner ganzen Verantwortlichkeit decken, weil er dies vor seinem eignen Gewissen verantworten könnte. Die verschiedenen Sondergängen einzelner Mitgliedsklassen machen eine einheitliche, geschlossene Verbandspolitik zur Unmöglichkeit. Das treibt uns zum Chaos. Die Ausrede, Moske könne kein Gehilfen, sei nur ein sehr bequemer Ausdruck gegenüber der tatsächlichen Schädigung der Allgemeininteressen. Der Verbandsvorstand hatte nach dem Verbandsstatut die Pflicht, sich solchen Strömungen nicht dienstbar zu machen; er hätte keine Pflicht verkehrt, wenn er sich mit ihnen einverstanden erklärt hätte. Er hat in jeder Beziehung seine Pflicht erfüllt, und dafür gebührt ihm der Dank der gesamten Kollegenschaft. Auch die Rätefrage im Zusammenhange mit dem Betriebsrätegesetz erfordert eine eingehende Beratung. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß sich der Verbandsvorstand mit allen diesen neuzeitlichen Aufgaben befassen kann und alle funktionären Gelegenheiten erhalten, sich damit zu vertraut zu machen, daß sie im Interesse der Kollegenschaft alle diese neuen Hilfsmittel richtig verwenden können. Das gilt aber auch für alle großen und neuen wirtschaftlichen Körperlichkeiten. Das Betriebsrätegesetz bietet trotz mancher Schattenseiten außerordentliche Vorteile für die Arbeiterschaft; hätten wir nur schon die genügende Anzahl von Kollegen mit den entsprechenden Fähigkeiten dazu. Die Resolution Mollers enthält eine Menge von Punkten, die nicht zur gewünschten Einigkeit führen. Sie muß entsprechend umgearbeitet werden, damit auch die bitter notwendige Geschlossenheit erreicht wird.

Böttcher: Nachdem Kollege Albrecht die leider immer noch vorhandenen nationalen Instinkte wieder aufgeweckt, und nachdem heute morgen ein internationaler Vertreter sein Wort in gleicher Weise ganz unerbittlich mißbraucht habe ... (großer Sturm und harter Protest der Versammlung verhindern den Redner in solcher Weise weiterzusprechen). Die ganze Diskussion lehnt den großen Zusammenhang mit der großen sozialen Bewegung, mit den Erklärungen unseres gesellschaftlichen Körpers nach der Revolution vernünftig. Daher sei es notwendig, auch gegenüber dem Vorstandsbereich auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Denn auch unter besonderen Buchdruckerfragen müßten in diesem Zusammenhang geklärt werden, dann erst werde es möglich sein, sich zu verständigen. Gerade weil die meisten unserer Führer schon seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig sind, müßten sie auch eine etwas Kritik ertragen können. Wenn was hier zu erledigen sei, gleiche nur einem Wollhaubt, das uns den Blick für das große Ganze nicht trüben dürfe. Wenn die Arbeiterschaft bei Ausbruch des Kriegsantagonismus

mitgemacht habe, so sei das nur das Glas der eignen gewerkschaftlichen Tätigkeit. Der Zunftfrieden sei eine große historische Schuld und der Bankrott der vorrevolutionären Gewerkschaftsaktion. Bei den Zettlungsverböten sei der Verbandsvorstand den Erfordernissen nicht gerecht geworden, wie sie die Revolution von uns verlangt. Wenn es hätte gerade in dieser Frage eine einheitliche Auffassung in der Kollegenschaft herbeigeführt werden müssen. Ein Teil der Kollegen war der Ansicht, es dürfe überhaupt keine Zettlung erdulden, ein anderer wieder meinte, alle Zettlungen müßten erdulden. Die Regierung der Mehrheitspolitik habe das System Moske verschuldet und den Kopp-Putsch gebracht; und diese Taktik werde auch den katastrophalen Zusammenbruch des heutigen Systems bringen. Er unterbreite daher der Generalversammlung eine Resolution über die Pressefreiheit als Prüfstein für deren sozialistische Reife. In dieser Resolution zeige sich der Hebel für die Politik der nächsten Monate oder vielleicht schon der nächsten Wochen.

Seid weist die Angriffe Böttchers gegen den ungarischen Vertreter auf das Schärfste zurück und betont unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, daß dieser im Dienste der Arbeiterschaft und der internationalen Buchdruckerbewegung alt und grau geworden sei, weshalb solche Vorwürfe an diesen Mann nicht heranreichen könnten.

Zweiter Verhandlungstag (15. Juni)

(Vormittagssitzung)

Seid gibt bei der Eröffnung Kenntnis von einer schriftlichen Begrüßung der Generalversammlung durch mehrere Breslauer Mitglieder. Sodann wird die Debatte über den Gehilfenbericht des Verbandsvorstandes fortgesetzt.

Ebel (Berlin) begründet zunächst seinen gestern gestellten Antrag, der eine Vertretung der Buchdrucker im Reichswirtschaftsrat bezweckt. Das wichtigste Moment dafür erblickt er in der Tatsache, daß die Wirkksamkeit im Reichswirtschaftsrat dem betreffenden Vertreter wertvolle Einblicke in das Wirtschaftsleben ermöglicht zum Nutzen der Gesamtheit. In maßgebenden Stellen besteht bereits das Gefühl, daß man die Buchdrucker nicht dauernd ausschließen dürfe von den Beratungen im Reichswirtschaftsrat. Redner geht sodann auf die Ausführungen der Vertreter der Opposition zum Geschäftsbericht kritisch ein. Er habe dabei das Gefühl einer Karussellfahrt gehabt, von praktischen Vorschlägen aber so viel wie nichts vernommen. Namentlich die Ausführungen Mollers und Böttchers hätten gezeigt, wie für Stimmung und Aufklärung gefordert wird, und wie sie die vielgeprobene Einigkeit der Arbeiterschaft ausfallen. Sobald ihr Wille nicht restlos erfüllt wird, wollen sie von Einigungsvorschlägen nichts wissen. Auf diese Weise können wir keinen Schritt weiter. Und doch muß beim Auseinandergehen der Generalversammlung Klarheit herrschen über das, was in Zukunft Recht und Ordnung innerhalb der Organisation sein soll. Wenn von Moske ausgeführt worden sei, der „Graphische Block“ sei kein eigentliches Organ der Opposition, sondern nur Ausdrucksmittel solcher Kollegen, die auf dem Boden des Industrieverbandes auf revolutionärer Grundlage künden, so stelle sich die Opposition doch auf den Boden jenes Blattes. Er müsse schon sagen, jede neue Nummer davon ist ein Blumenopfer, aber kein wohlthätiger. Noch nicht ein einziger wirklicher Verbesserungsvorschlag hat darin bis jetzt das Licht der Welt erblickt, dagegen ist das Größtmögliche an Verbeugung geleistet worden. Das zeigt insbesondere die jüngste Nummer, auf deren Inhalt Ebel näher eingeht. Böttchers Angriffe gegen den Vertreter des ungarischen Verbandes haben bewiesen, wie unangenehm ihm dessen Konfessionen von der Diktatur des Proletariats gewesen sind. Weil Nothstein aus Erfahrung spricht, hat er angeblich kein richtiges Verständnis, dieses haben eben nur landtremde Theoretiker. Auch in Deutschland fragen diejenigen die Saupflicht an den Putsch von links und rechts und am neuen Militarismus, die seit der Revolution die Arbeiter politisch zerstückelt und auseinandergetrieben. Die Waffe des Generalkongresses ist entschieden zweischneblig, wenn man darüber auch nicht alles auf offeneren Markt legen kann. Gest steht, daß der Arbeiterschaft kein Dienst damit erwiesen wird, wenn man sie aller vierzehn Tage in einen Streik hineinführt. Allzuoft angewandt, stumpft selbst die Waffe des Generalkongresses ab. Redner streifte in diesem Zusammenhange den zusammengebrochenen Streik der Berliner Metallarbeiter, die heute über ihre „Bewegungsfreiheit“ ganz anders denken als vor dem Streik. Auch bei uns hat man in den letzten Monaten mehr wie einmal vor der Frage gestanden: Was nun? Und da ist es merkwürdig gewesen, wie die Streikliste selbst bei den lauesten Auzern nach größerem Mitbestimmungsrecht im Sturm sank. Es ist eben alles nur Scheinbar und viel leichter nur mit Resolutionen zu arbeiten. Er (Redner) sei der Meinung, daß nur weitestgehendes Mitbestimmungsrecht der Mitglieder Einfluß und Verbesserung bringen könne, und er freie daher nach wie vor dafür ein. Je nachdem werde es sich dann zeigen, was die neuen Prophezen zu leisten vermögen gegenüber den harten Tatsachen des Wirtschaftslebens. Solange das Menschennatur selbst, das Widersprechenden gegenüber die notwendige Achtung bewahrt, sei an ein Bewusstsein kommen nicht zu denken. Durch die Durchsetzung sämtlicher von der Opposition eingebrachten Resolutionen müßte den Kollegen im Lande gezeigt werden, wie man sich die „praktische Arbeit“ auf jener Seite verstelle. Deshalb beauftragte er auch heute die Tagungsgemeinschaft.

Strasser (Zwickau): Auch ihm sei es ähnlich ergangen wie Ebel. Bei den Ausführungen der Opposition hatte er den Eindruck, als ob die Generalversammlung des Ver-

Ebel meint, wenn der Beweis für die gebundene Mandate vollbracht wäre, würde die Generalversammlung die betreffenden Leipziger Mandate bestätigen müssen. Er ist konstatiert darauf, daß die Generalversammlung die Erklärung der Mandatsprüfungskommission zur Kenntnis nimmt.

Schleifer schlägt darauf vor, die nun im Druck vorliegenden Resolutionen ebenfalls der schon bestehenden Redaktionskommission zu überweisen, damit eine annehmbare Fassung gefunden werden könne.

Böttcher will, daß die Resolution von ihm in Sachen der Pressefreiheit und die von Klose in ihrer letzten Fassung zur Abstimmung gebracht werden.

Seib: Die Redaktionskommission kann trotzdem Resolutionen zu diesen Materien vorlegen, wenn es nach dem Willen von Böttcher gehen soll.

Martens spricht in Fortsetzung der Debatte über den Vorstandsbericht gegen die Ausführungen von Grabmann und behauptet, daß ein Kollege als Galt so gegen die Opposition und in der Kriegesfrage reden konnte. (Widerspruch.) Redner kritisiert dann die Haltung des Verbandsvorstandes bei den letzten Bewegungen und im besonderen bezüglich der Anerkennung des Schiedspruchs im März d.J. Die Hamburger Kollegen haben dagegen protestiert und speziel noch, daß dieser Schiedspruch durch das Abkommen Wilsch-Schubert verschlechtert werden konnte. Zum Kampfe hätte damals die Verbandsleitung aufrufen müssen, aber man ist wieder zurückgewichen. Die Opposition jetzt mit dem Grabmanns Intubierbaren den gewiesenen Weg. Der „Korr.“ muß sich auch darauf einstellen. Jetzt wirkt er manchmal als Schlimmst. In Sachen der Zeitungsverbote leben die Buchdrucker nur ihre besonderen Interessen gefährdet; wir müssen aber auch aus ideellen Gründen für die wahre Pressefreiheit eintreten. Was verschiedene Redner aus der Opposition gemacht haben (Ebel, Grabmann), so ist es um sie nicht bestellt. Er werde auch nach der Generalversammlung dafür wirken, daß die Opposition ihre Aufgaben erfüllen kann.

Gzage kann nicht wie verschiedene seiner Vorredner über den Verbandsvorstand und die Tarifgemeinschaft urteilen. Man hat nur auf wirtschaftlichem Gebiete zu arbeiten. Sie im äußersten Osten, an der Reichsgrenze jetzt, erklären sich für die Tarifgemeinschaft; wir wären ohne Tarif nicht so wohl. In Berlin und Leipzig oder anderswo in den Großstädten kann es ja anders sein. Während des Krieges hat die Tarifgemeinschaft wohl nichts Besonderes gebracht, aber wir haben durch Mißbilligungsaussagen unsere Funktionäre gezeugt, daß es anders werden muß. Die kleineren Druckstädte sind durch die Stellen und Salen zu schlecht fortgekommen. Der Verbandsvorstand hat nach seiner Meinung aber weislich gehandelt, daß er es nicht zu einem allgemeinen Streik hat kommen lassen. Wenn wir keine Tarifgemeinschaft hätten, würden wir jetzt, namentlich im Osten, nicht ein Minimum von 200 Mk. haben. Er kann daher der Verbandsleitung nicht seine Anerkennung aussprechen. Mit dem Betriebsrätegesetz sind wir doch besser gefahren als es hier zum Teil hingestellt worden ist. Wir müssen immer das Ganze im Auge haben. Es sind bei ihnen durch vernünftige Verhandlungen öftlich mit den Prinzipalen noch besondere Erhöhungen erzielt worden. Redner wünscht dem Verbande weiteres Aufblühen.

Braun erklärt Silger gegenüber, der Verband sei auf den Sandhörnern besser aufgebaut als mit den Quadern der Opposition der Fall sein würde. Die Erfolge auf dem Tarifgebiet im letzten Jahre lassen sich sehr wohl sehen. In anderen Gewerkschaften sei man in einem Jahre nicht um soviel vorwärts gekommen wie wir in 1919. Man kann nicht grundsätzlich gegen die Opposition sein. Die meisten von uns sind früher auch Stürmer gewesen, aber aus der gewonnenen Erkenntnis heraus, weil man nichts Besseres finden konnte, deshalb sind wir geworden, wie wir jetzt sind, und so wird es der Opposition auch noch ergehen. Nicht richtig war es vom Kollegen Klose, die Provinz ganz gleichzustellen mit den größten Städten. Er weiß aus seiner Tätigkeit im Tarifamt, daß mit den fortschreitenden Lohnerhöhungen die Durchführbarkeit in den kleineren Orten nicht gleichen Schritt gehalten hat. Ziffermäßig weiß Redner nach, daß es draußen auf dem Lande doch wesentlich anders ausschaut mit den Steuerungsverhältnissen. Von 17 anderen Verbandstagen ist nur einer zur Abgabe an die Tarifvertragspolitik gekommen; alle haben es uns nachgemacht. Bei uns soll aber die Tarifgemeinschaft gar nichts mehr taugen. Mit dem Betriebsrätegesetz ist es ebenso. Die Verhandlungsordnung aber muß einfach vorbildlich genannt werden. Im Prinzip sind wir mit der Opposition einzig, in den Mitteln und Wegen trennen wir uns aber, weil die andere Seite nicht von realen Tatsachen ausgeht. Bei der Probe aus Gempel kommt es immer anders. Die Unzufriedenheit ist ein wesentlicher Nährboden der Opposition, aber im Ernstfall würde sie recht wenig hinter sich haben. In Berlin sind in den großen Organisationen die bisherigen Führer der Opposition schon zu Verrätern gestempelt worden; im politischen Leben hat sich selbst Crispian, der Vorsitzende der Unabhängigen, so in der Öffentlichkeit gegen solche Angriffe zu erhren müssen. Die Entwicklung ist jetzt so, daß die Opposition mit uns gehen muß!

Schöner hat den Eindruck, daß in der Diskussion viel daneben geredet wird. Der Vorstand ist nicht für alles verantwortlich zu machen, die Verhältnisse sind schuld für Fehlschläge. Er kann für die Viesfelder Kollegen der Verbandsleitung Anerkennung aussprechen. Von seinem Mißvertrouen konnte er Dinge berichten, die für die Betroffenen ungünstig sprachen, nicht aber für die Organisation selbst. Seine Kollegen haben nur Kopfschütteln über die Vorgänge in Leipzig und Berlin; das kann man einfach nicht begreifen. Die Ausführungen von Klose und

Böttcher haben ihn vollständig enttäuscht. Mit der Verhandlungsordnung läßt sich sehr viel anfangen; man kann gut dabei arbeiten. Die Resolution Klose sei ein verbämtes Mißtrauensvotum gegen den Vorstand; niemals könnten wir dafür sein.

Seib teilt mit, daß Prox und Genossen einen Antrag auf Schluß der Debatte gestellt haben. Es sind bis jetzt noch 33 Redner zum Vorstandsbericht in die Rednerliste eingeschrieben.

Prox spricht dafür, Mastini dagegen. Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrags mit 63 gegen 59 Stimmen.

Lampe behauptet dann, die sogenannte Opposition ist eine rein geistige Bewegung; es soll eine geistige Erneuerung bei uns eintreten. Die Revolution hat das auch im allgemeinen nicht gebracht. Von einer Tarif- oder Arbeitsgemeinschaftspolitik müssen wir uns vollständig freimachen. Die Entwicklung weist uns nur den Weg des wirtschaftlichen Rätehstems. Die Träger des wirtschaftlichen Kampfes müssen die Gewerkschaften mit den Räten werden. Das erfordert wohl noch Zeit und schwere Kämpfe, aber wenn die Verbandsleitung und die Funktionäre sich richtig einstellen dazu, dann geht es eher, dann geht es, vorwärts. Sie wollen mit anfänglichen Mitteln die deutsche Kollegenchaft für sich gewinnen und so im Verbandsreformieren. Redner wendet sich gegen einige Redner und erklärt, daß auch in Deutschland von weitem Terror gesprochen werden kann und macht den polkischen wie den gewerkschaftlichen Führern zum Vorwurfe, daß sie bei Ausbruch des Krieges nicht die Stellung eingenommen haben, die damals von seiner Seite schon als die einfach richtige bezeichnet worden sei.

Kellebarth ist nicht der Auffassung, daß die Opposition mit anfänglichen Mitteln und Waffen kämpft; die Leipziger hat das bestimmt vermisst lassen. In anderen Gewerkschaften ist man allerdings schon zu einer besseren Auffassung gekommen. Es ist ja auch gerade genug, daß die polkische Arbeiterbewegung zerstückelt ist. Die Leipziger Opposition wollte die Buchdrucker in ihr polkisches Gebrüder ziehen. Bei unsern Unternehmern hat man mit diesem Radikalismus gar keinen Eindruck gemacht; sie seien nur selbstbewusster geworden. In Leipzig bekommt man von den Kollegen Böttcher und Silger in den Versammlungen ganz andere Töne zu hören; hier haben sie noch zurückhaltend gesprochen. Die Anhängerchaft der Opposition besteht fast nur aus Anzuehenden, die das selbige Gend wie die Kriegesjahre ja zahllos geschaffen haben. Diese Gefolgshaft wird nun mit allen Phrasen bearbeitet. Da heißt es dann, alle Instanzen, die Verbandsleitung, die Geschäftsleiter, die „Korr.“-Redaktion, hätten ihre Pflicht nicht getan, und mit Beschimpfungen wart man dabei auch nicht. In Leipzig ist alles nichts, was auch gemacht wird. Die Leipziger Opposition hat gar kein Interesse daran, daß es besser wird; man will nur nicht zur Kritik haben. Redner schließt dann, wie man in der Leipziger Opposition mit abgeben polkischen Freiheit und Pressefreiheit auftritt und wie es auch schon durchgeführt wurde, daß bei einem Generalstreik außer der „Leipziger Volkszeitung“ keine Zeitung erscheinen dürfte; selbst nicht das Organ der Mehrheitspartei. Bei den Zeitungsverboten ist es sogar so weit gekommen, daß das Gewerkschaftskartell und die diesem nahestehende Kreise auf die Zeitungs-personale in besonderen Versammlungen und durch Flugzettel eingewirkt haben, alle anderen Zeitungsbetriebe stillzulegen. Die Zeitungsverleger hätten sich in Anbetracht der Papiertour getrennt, wenn es dahin gekommen wäre, aber es ist doch gelungen, daß die Personale es immer wieder ablehnten, in einen solchen Streik einzutreten. Was sich in Leipzig bei der Wahl der Generalversammlungsdelegierten abgepielt hat, ist einfach ein Skandal gewesen und alles andere als die Anwendung von nur geistigen Waffen. Redner verliest einige Stellen aus Wahlzettelkern. Es sei nun dahin gekommen, daß die besonnenen Kollegen aus den Versammlungen mehr und mehr fortgelieben sind und auf diese Weise die Opposition in den Mißbilligungsaussagen die Mehrheit erlangt hat. Redner erregt im weitern mit Mitteilungen, wie die den Gewerkschaften jetzt fast vollständig beherrschende Opposition sich zu ganz eigenartigen neuen Methoden in der Führung der Geschäfte verhalten hat, Erkennen und auch Heiterkeit und endet mit einigen Proben von persönlicher Stempelweise gegen ihn.

Vorländer Seib schließt ab dem Verhandlungen mit der Bemerkung, daß immer noch 30 Redner eingeschrieben sind und ersucht dringend, einen Weg zur Abklärung der Debatte zu finden, das das Arbeitspensium doch so sehr groß ist.

Dritter Verhandlungstag (16. Juni) Vormittags Sitzung

Seib eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung über die Resolution Klose eingelaufen sei. Hierauf wird ein Antrag, die Redezeit auf fünf Minuten festzusetzen, mit großer Mehrheit abgelehnt und in die Fortsetzung der Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes eingeleitet.

Meyer (Leipzig) tritt zunächst den Ausführungen Kellebarths über Leipziger Angelegenheiten entgegen und erklärt deren Erledigung als Aufgabe der Leipziger Mitglieder. Die grundsätzliche Haltung der Opposition sei nicht damit richtig gekennzeichnet, wenn gesagt werde, daß wir im Ziel einzig seien und nur der Weg dazu eine andere Auffassung erkennen lasse. Denn gerade im Ziele sind schon grundsätzliche Unterschiede vorhanden. Daher richte sich die Opposition in der Hauptfrage auch nicht gegen die Führer, sondern gegen das ganze gewerkschaftliche System der Gegenwart überhaupt. Es kann der Opposition ganz gleichgültig sein, wer heute noch an der

Spitze dieses morschen Systems steht. Auch wenn die Opposition auf diesen Boden arbeiten müßte, könnte sie keine andere Resultate erzielen. Darum hätte er auch erwartet, daß man den Ursachen dieser Zustände etwas tiefer auf den Grund gegangen wäre. Es wurde mehrmals verlangt, daß die Grundzüge der Opposition einmal klar und deutlich zur Darstellung kommen sollten. Es ist jedoch gar nicht möglich, alle die Schriften, in denen die Grundzüge schon seit langer Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet wurden, zu einer einzigen Zusammenfassung und sie vielfach unentgeltlich den Delegierten zur Verfügung zu stellen. Schon die Tatsache, daß z. B. die Broschüre von Böttcher nicht in wünschenswertem Umfang gekauft wurde, ist ein Beweis für die Interesslosigkeit und auch für die Vorurteile, die gegenüber den oppositionellen Grundzügen vorhanden sind. Die sachlichen Gründe der Opposition sind im Ernst noch gar nicht herorgewoben verurteilt worden. Wie in allen anderen Gewerkschaften, so ist auch bei uns die Opposition dadurch entstanden, weil durch die Politik der Gewerkschaftsführer die Arbeiter und damit auch unsere Kollegenchaft ins bitterste Gend gestürzt worden sind. Es wird daher auch gar nicht möglich sein, die Opposition durch irgendwelche Zwangsmassnahmen zu unterdrücken. Die Opposition würde trotzdem nicht aufhören, ihre Ziele zu verfolgen. Wir sind keine Organisation in der Organisation, weil wir uns von vornherein auf den Standpunkt des Verbandes als dessen Mitglieder gestellt haben, weil nur eine Gewerkschaft auf beruflicher Grundlage praktische Arbeit leisten kann. Wir sind daher auch entschlossen, jederzeit die Satzungen des Verbandes anzuerkennen, solange sie bestehen. Das Recht der Kritik lassen wir uns aber trotzdem nicht nehmen. Und von diesem Standpunkt aus verurteilen wir auch die Haltung der Gewerkschaftsführer bei Kriegsausbruch. Sie hätten damals in entscheidender Weise auf die Gefahren des Krieges hinweisen und insbesondere gegen die Kriegsanleihenpropaganda Stellung nehmen sollen. Auch wäre es notwendig gewesen, daß die Gewerkschaftsführer im November 1918 ihre Politik grundsätzlich geändert und sich an die Spitze der Arbeiterchaft gestellt hätten. Er verurteilt den Standpunkt Grabmanns in Hinblick auf die Arbeitsgemeinschaften, denn diese dienen nicht zur Befestigung des kapitalistischen Systems, sondern zu dessen Erhaltung. Hier zeigt sich klar, daß die Grundzüge der Opposition eine ganz andere Weltanschauung darstellen, die sie von der bisherigen Gewerkschaftspolitik trennen.

Semmerich: Seit 18 Jahren bin ich regelmäßer Besucher der Generalversammlungen des Verbandes und diesmal sogar als einer der vielgeschmähten „Gewerkschaftsbozonen“. Eine Opposition zum Geschäftsbericht ist notwendig. Nur die bisherige Kritik der Opposition war sehr unachtsam und daher auch unfruchtbar. Der Zeitpunkt, von dem die Kritik ausgeht, ist viel zu weit zurückgelegt. Der jetzige Verbandsvorstand wird für Sachen verantwortlich gemacht, die zu ändern gar nicht in seiner Macht lag. Auch ich war früher oft mit dem Tempo nicht einverstanden. Aber die Erfahrung hat auch mich gelehrt, daß wir nicht mit einem Sprünge dem Ziele näherkommen. Böttcher hat Rosenstein Mißbrauch des Ostrechts vorgeworfen, demgegenüber hätte er auch die Ansicht berechtigt sein, daß Böttcher sich damit eines Mißbrauchs seines Mandats schuldig gemacht hat. Böttcher beruft sich immer auf die Massen, er ist aber nicht davor zurück, jeden zu schreien, der nicht seiner Meinung ist und wenn ihn diese Meinung unangenehm ist. Die Frage des Generalstreiks ist ein sehr zweischneidiges Problem auch heute noch. Gerade wir in Bayern haben damit sehr merkwürdige Erfahrungen gemacht, die nicht immer erfreulich waren. Auch mit der Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes waren wir in Bayern nicht einverstanden, weil wir vorher ein besseres Gesetz hatten. Aber jetzt können wir sagen, daß wenn das Gesetz wirklich so schlecht wäre, so lände der Entzweiungsturm der Unternehmer und deren ganze und große Abwehrbewegung gegen dieses Gesetz gar keine Erklärung. Für was alles die Gewerkschaftsführer verantwortlich gemacht werden, ist einfach lächerlich; selbst der Wahlausfall am 6. Juni wird ihnen in die Schuhe geschoben. Dabei ist es aber doch Tatsache, daß nicht wenige Oppositionelle vor gar nicht langer Zeit sich nur sehr schwer von gewissen Stellen und Knopflochabzeichen trennen konnten. Auch für die Stimmung der Arbeiterchaft bei Kriegsausbruch sollen die Gewerkschaftsführer verantwortlich sein. Ein ähnliches Schicksal gegen die Gewerkschaftsführer war früher eine besondere Eigenschaft der Selben; sie glaubten durch eine derartige Hebe gegen die Gewerkschaftsführer bei den kapitalistischen Unternehmern mehr Gnade zu erlangen. Nun hat erkl. Kellebarth selbst der Kommunistenführer Thomas in München erklärt, daß die Revolution uns geeicht habe, daß die Massen in Deutschland dafür noch nicht reif sind. Erst müsse noch der Geist revolutioniert werden. Das wird aber nicht durch Schlagworte und leere Phrasen erreicht werden. Bei der Eisner-Peter in München erklärte ein anderer Oppositioneller, daß es dem Politiker stets leicht sei, Dummheit auf Dummheiten zu machen, er wird immer wieder auf die Beine kommen. Aber der Gewerkschaftsführer, der eine Dummheit macht, schädige nicht sich allein, sondern die Arbeiterchaft auf Jahrzehnte hinaus. Diese Verhältnisse sollen von der Opposition mit mehr Mächtigkeitsgefühl betrachtet werden. Es wurde gefordert, wo hlieben die Buchdrucker beim Brotschrei der Metallarbeiter im Jahre 1917? Ja, denkt denn die Opposition nicht mehr daran, daß wir damals noch im Kriege waren, und daß der Beruf der Metallarbeiter damals nur dazu diente, immer noch mehr Munition zur Kriegsführung und -verlängerung herzustellen? Die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie waren während des Krieges in der Lebensmittel

zuführung weit besser daran als wir Buchdrucker, und da sollen wir armen Buchdrucker noch dafür eintreten, daß die Metallarbeiter noch mehr Lebensmittel zur Stärkung ihrer Arbeitskraft im Dienste der Munitionserzeugung und damit auch zur Kriegsverlängerung erhalten sollen? Das wäre doch nur eine Stärkung der Reaktion gewesen. Die Tarifgemeinschaft ist nicht der Weisheit letzter Schluss, das wurde hier und vorher von uns allen schon mehrfach betont. Aber jeder Gehilfenvertreter, ob er Kolle oder Böttcher heißt, muß mit den heute noch gegebenen Verhältnissen rechnen. Und in dieser Hinsicht haben die Gehilfenvertreter das Auserfahrene geleistet, was ja auch von einem Vertreter der Opposition nicht bestritten wird. Und solange wir nichts anderes haben, können wir die Tarifgemeinschaft nicht an den Nagel hängen. Der Vertreter von Schweden hat uns in deutlicher Weise geschilbert, daß die schwedischen Kollegen nach einem schweren Kampfe von acht langen Monaten auch wieder nur zu einem Kompromiß kommen konnten. Zu beachten ist ferner, daß die Tarifgemeinschaften nicht durch die Gehilfenvertreter eingeführt; sie haben sich mit allen Kräften dagegen gewehrt. Aber diese Tarifgemeinschaften sind in erster Linie die Frucht des Schiedspruchs des Reichsarbeitsamts, nachdem die Verhandlungen im Tarifauschusse vollständig gescheitert waren. Auch die Auseinandersetzungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Großstadt und Provinz stehen mit den Tatsachen nicht ganz im Einklang; aber es ist hier nicht der Ort, in dieser Frage tiefer zu schürfen. Die Haltung des Verbandsvorstandes gegenüber der Opposition ist als berechtigt zu unterstreichen; aber es sollte auf Seiten der Opposition ebenso sachlich und nicht persönlich gehandelt werden.

Seitz stellt fest, daß die Berichtserstattung im „Sozialdemokrat“ (Organ der unabhängigen Sozialdemokratie in Nürnberg) über die Ausführungen des ungarischen Vertreters eine entstellte und unfaßliche ist und von der Generalversammlung Zurückweisung erfahren muß. Ein inzwischen eingelaufener Antrag auf Schluß der Debatte wurde nach kurzer Aussprache angenommen, und zwar mit 62 gegen 58 Stimmen.

Ebel erstattet Bericht über die Verhandlungen und Ergebnisse der Redaktionskommission zu den im Laufe der Verhandlungen über den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes eingereichten Anträge und Resolutionen. Er gibt bekannt, daß bezüglich der Resolution sollte die Kommission keine Abänderungsvorschläge machen kann, weil es dem Antragsteller darauf ankommt, eine prinzipielle Entscheidung über seinen ganzen Antrag herbeigeführt zu sehen. Die Kommission habe daher, ohne auf die Resolution eingegangen, eine weitere Resolution zum Geschäftsbericht ausgearbeitet, die der Abstimmung unterbreitet werden soll. Zur Frage der selbständigen örtlichen Bewegungen (Bremen usw.) habe die Kommission gleichfalls eine Erklärung ausgearbeitet, in der wohl Verständnis für die Ursachen dieser Bewegungen zum Ausdruck kommt, ohne diese jedoch rechtfertigen zu wollen. Die hiermit verbundene Nebenfrage, daß der „Korr.“ über solche Bewegungen nicht berichten dürfe, glaubt die Kommission in der Weise lösen zu können, daß es ein Kopfschütteln bedeuten würde, wenn diese Vorschrift für den „Korr.“ aufrechterhalten bliebe, zumal die Tagespresse von solchen Vorkommnissen regelmäßig ausgiebig Notiz nehme; die Kommission sei übrigens nicht in der Lage gewesen, zu prüfen, ob für den „Korr.“ eine solche Anweisung durch eine Gewerkschaftskonferenz oder durch den Verbandsvorstand sachlich gegeben worden sei. In der Resolution Böttcher zur Pressefreiheit findet die Kommission gewisse Selbstverständlichkeiten, die schon im Jahre 1848 von den Buchdruckern erkannt wurden. Diese Selbstverständlichkeiten müssen aber erst aus dieser Resolution herausgeschält werden, was durch die Kommission ebenfalls durch Ausarbeitung einer anderen Entscheidung geschehen ist und der Abstimmung unterbreitet werden soll. Wir Buchdrucker dürfen keine Einseitigkeit der Pressefreiheit anerkennen, weil dadurch logischerweise jede Regierungsgewalt das Recht hätte, die Pressefreiheit in ihrem Sinne zu beschränken. Das gleiche gelte für eine Entscheidung über die zukünftige Haltung der Buchdrucker bei einem Generalkrieg zur Abwehr reaktionärer Gegenrevolutionen; auch da habe die Kommission die Ausstellung von Richtlinien versucht.

Koffe: Die zunehmende Bedeutung der Gewerkschaften in der heutigen Wirtschaft macht eine langsame Geländung unmerkbar. Die gewerkschaftlichen Fortschritte beweisen in jeder Hinsicht die Notwendigkeit des Sozialismus. Dieser wird nicht durch die politischen Parteien kommen. Denn diese wirken zersetzend, statt einigend. Und diese Verhältnisse bedeuten die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Rätekommunes durch die Zusammenfassung aller Kopf- und Handarbeiter in großen Industrieverbänden. Gegenüber den Forderungen, daß wir den Stein der Weisen zeigen sollen, so ist zu sagen, daß dies einfach nicht möglich ist. Denn dieser Stein liegt in uns selbst, im persönlichen Wollen. Der Sozialismus muß erkämpft werden; er kommt nicht von selbst. Und dazu gehört ein fester Wille. Wir müssen eigene Lohntarife aufstellen und durchdrücken. Das ist der Stein der Weisen; er ist ein ungeschliffenes Naturprodukt, die Tarifgemeinschaft aber nur eine schillernde Nachspiegelung. Der Klassenkampf ist der Stein der Weisen, es ist der Wille, der in uns liegt.

Majlani meint, daß bei der Stellungnahme zu den örtlichen illegalen Bewegungen auch die propagierende Haltung der Prinzipale durch ihre Abwehrorganisation, die in den meisten Fällen erst zu solchen Konflikten Veranlassung gegeben haben, ermuntert hat. Seitz weist darauf hin, daß diese Angelegenheit bei der Erörterung der Tariffrage behandelt werden soll und wird. Hierauf wird die Erledigung des Antrags der

Kommission in Sachen der örtlichen Bewegungen zurückgestellt bis zur Beratung der Tariffragen.

Krabal stellt fest, daß die Gewerkschaftskonferenz im Dezember 1919 zum Ausdruck gebracht hat, daß der „Korr.“ über wilde Bewegungen nicht berichten soll. Der „Korr.“ hat aber kürzere oder längere Mitteilungen über solche Vorgänge gebracht oder sie auch selbständig behandelt. Jedoch kann er nicht solche Einladungen bringen, in denen die Gesamtkollegen zur Unterstützung solcher örtlicher Bewegungen aufgefordert wird. Wenn der Verbandsvorstand aus berechtigten Gründen derartige eigenmächtige Aktionen nicht aus Mitteln der Organisation unterstützen kann, dann ist auch für die Redaktion ausgeschlossen, auf dem Umgehungswege durch Berichte oder Artikel im „Korr.“ es dennoch erreichen zu lassen.

Böttcher ist der Auffassung, daß der Vorschlag der Kommission gegenüber seiner Resolution über die Pressefreiheit eine vollständige Umstellung der Grundzüge seiner Resolution bedeutet. Er hätte eine eingehendere Aussprache über das ganze Problem der Pressefreiheit erwartet; aber die wenigsten Redner sind darauf eingegangen. Nach seiner Ansicht müßte die Pressefreiheit den Aufstellungen über den Klassenkampf unterstellt werden. Die liberale Auffassung des Bürgertums kann so leicht, als wolle man überhaupt die Freiheit der Presse. Wenn wir aber nur die Klassenhebung in Betracht ziehen und nicht beobachten, daß die Besitzer der Produktionsmittel eben durch diesen Besitz auch die Presse beherrschen, dann kann von einer uneingeschränkten Pressefreiheit nicht gesprochen werden. Die Vorschläge der Kommission bedeuten in dieser Hinsicht nur ein Ausweichen. Die Kommission fußt auf der Vergangenheit, sieht aber die künftige Entwicklung nicht voraus. Auch bestehe ein Gegensatz zwischen dem ersten und zweiten Teile der Kommissionsvorlage. Sie habe die Tendenz, der Opposition eine Mauer vorzubauen und ihr die Hände zu binden. Er bleibe daher auf seiner Resolution bestehen und beantrage Entscheidung durch Abstimmung.

Ebel verweist darauf, daß der erste Teil der Kommissionsvorlage für Ausnahmeverhältnisse bei Generalkrieg gelte. Der zweite Teil habe damit nichts zu tun.

Seitz kommt nach kurzer Debatte über besondere Vorkommnisse bei den verschiedenen Generalkriegs in Berlin und Leipzig zu seinem Schlußwort über den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes. Er stellt fest, daß nur wenige Redner sich mit dem eigentlichen Geschäftsbericht für die Jahre 1918 und 1919 befaßt hätten, die meisten hätten Dinge behandelt, die viel weiter zurückliegen. Alle Vorkommnisse während der Kriegszeit haben hier Widerhall gefunden. Der Vorstand habe die Debatte trotzdem nicht beabsichtigt, damit nicht gefagt werden kann, es sei von vornherein die Aussprache erschwert worden. Da die Frage der Tarifgemeinschaft und der Beitragsordnung noch besondere Punkte der Tagesordnung bilden, wolle er jetzt nicht auf die dazu schon gemachten Ausführungen eingehen. Diese seien besonders wichtig, da die Beitragsordnung jetzt schon zu sagen, daß andre Kreise der Arbeitererschaft sie als eine grobe Erregungsdemagogie beurteilen und froh wären, wenn auch sie schon so wief wären. In Prinzipalkreisen bestehe eine sehr starke Opposition dagegen. Sie wird aber trotzdem durchgeführt werden; denn sie ist heute tarifliches Gesetz. Auch der Graphische Bund bilde einen besonderen Tagesordnungspunkt und werde noch ausführlich besprochen werden können. Zurückzuweisen sei jedoch jetzt schon die Behauptung, daß er ein Produkt teils der Klugheit, teils der Angst sei. Er ist einfach aus der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der graphischen Organisationen entstanden unter gegenseitigen Verpflichtungen. Auch lagen dazu Beschlüsse einzelner graphischer Organisationen vor; dem müßte der Verbandsvorstand eben Rechnung fragen, ob er wolle oder nicht. Zur Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen und internationalen Kongressen müsse gefagt werden, daß die Organisationsvertreter die geeigneten Personen sind, um bei diesen Zusammenkünften der allgemeinen Arbeitererschaft praktische Arbeit zu leisten und die dabei gewonnenen Erfahrungen nachher in der eignen Organisationsarbeit zu verwenden. Diese Organisationsvertreter sind doch aber auch gleich vom Fleische der Arbeitererschaft, sonst wären sie ja gar nicht auf ihren Posten. Auch hierzu soll unter Punkt 7 der Tagesordnung noch Stellung genommen werden. Ebenso liegt es bei den internationalen Buchdruckerkongressen; hier können nur gut in die Organisations- und Klassenverhältnisse eingeweihte Kollegen praktische Arbeit leisten. Sollte hat selbst mehrmals gefagt, es sei erfreulich, was der Verbandsvorstand geleistet habe, aber in seiner Resolution hat er das alles verneint und in wegwerfendem Tone verurteilt. Sollte hat auch gefagt, während der Revolution habe sich gar nichts geändert, weder in gewerkschaftlicher noch in politischer Hinsicht. In Wirklichkeit wurde aber der Achtundvierziger erreicht, viele Ausnahmefälle gegen die Arbeitererschaft beliebt. Das sind alle Dinge, um die die Arbeitererschaft vielfach noch Jahrzehnte hätte kämpfen müssen. Die Revolution hat uns viel gebracht, nur keine wirtschaftliche Besserstellung für die Gegenwart. Wir haben aber doch den Krieg verloren; es fehlt an Lebensmitteln und Rohstoffen. Bis wir wieder dahin kommen, werden noch viele Jahre vergehen. Wenn die Einigkeit der Arbeitererschaft bestanden hätte, wäre manches viel besser geworden. Dreyfuß und Martens haben das Abkommen zwischen Seitz verurteilt. Es muß aber doch Rücksicht auf die damaligen Verhältnisse genommen werden. Der reaktionäre Putsch hat uns doch die Durchführung des Schiedspruchs erleichtert. Es stand alles im Gefahr. Eine gewisse Streikmüdigkeit war ebenfalls vorhanden. Not und Elend herrschte in der Gehilfenerschaft. Jeder Kampf hätte das noch verschlimmert. Daher war dieses Abkommen auch für uns der beste Ausweg im Interesse aller. Ähnlich lag es auch

bei der letzten Tarifausgleichung. Die Prinzipale waren von Anfang an entschlossen, es zum Kampfe zu treiben. Wegen dieses fiedlichen Abschlusses ist es im Deutschen Buchdruckerverein in der Zwischenzeit zu großen Differenzen gekommen, und zwar fast überall im ganzen Reich. Auch da haben die Gehilfenvertreter in voller Verantwortlichkeit im Interesse der Gehilfenerschaft gehandelt. Böttchers Vorgehen gegen Rosenstein widerspricht jedem Gedanken einer internationalen Verbrüderung der Arbeitererschaft. Böttcher will keine internationalen Grenzen, aber er stellt selbst solche zwischen uns und unsern ausländischen Kollegen auf. Sollte Rosenstein die Ideen Böttchers verherhlich, dann hätte er nach Ansicht der Opposition ganz sicher das Recht nicht mißbraucht. Gabben verlangt einen andern ideologischen Standpunkt des Verbandsvorstandes und der Redaktion; aber nach welcher Richtung er dies meint, hat er nicht gefagt. In allen diesen Fragen ist eben die Arbeitererschaft nicht einseitlich. Eine Organisation, die wirtschaftliche Ziele verfolgt, muß alle Arbeiter umfassen und kann sich nicht nur nach Weltanschauungen gruppieren. Mit der Rätefrage habe er (Seitz) sich schon beschäftigt, ehe in der Öffentlichkeit soviel davon geredet wurde. Es müßte die Frage viel vorlichtiger behandelt werden; denn es kann auch reaktionäre Betriebsräte geben. Dieses System hat sehr große Schwierigkeiten. Trotzdem wird gefahren, was gefahren muß, um auch in dieser Frage vorwärtszukommen. Solange die Arbeitererschaft nicht unter einen Hut gebracht ist, wird es kein revolutionäres Rätekommune geben. Die gewerkschaftlichen Organisationen müssen ein scharfes Auge auf diese Rätewirtschaft richten; dann erst wird es gelingen, daraus zu machen, was die Arbeitererschaft verlangt. Zur Frage der Politik des Verbands werde zu sagen, daß der Verbandsvorstand überhaupt keine Politik getrieben hat. Er hat nur versucht, Not und Elend zu lindern, und zwar besonders im Interesse der Kriegsteilnehmer, und große Summen dafür ausgegeben. Wir sind und bleiben politisch neutral. In Sachen der Opposition hat der Verbandsvorstand das Gäre und Brodeln wohl verkandert, er erwartet aber nun Klärung durch die Generalversammlung im Interesse einer einheitlichen Organisationsarbeit. Nach dieser Aussprache hier muß die Sache in Zukunft anders gehandhabt werden. Es darf nicht mehr vorkommen, daß man als Lump und Arbeiterverräter beschimpft wird. Die Diskussion hier ist zwar bis jetzt ziemlich sachlich geführt worden, aber draußen im Lande hört man es oft ganz anders. Man braucht bloß den „Graphischen Block“ in die Hand zu nehmen. Da findet man ein fortgefegtes Herunterreißen der Führer aller graphischen Organisationen oder anderer „Gewerkschaftsbonzen“. Der „Block“ soll kein öffentliches Organ sein; aber die Kollegen der Opposition geben doch das Geld dazu. Das ist ein Untergraben des Ansehens der Führer der Organisation, wodurch auch jedes Vertrauen in die Organisation erschüttert wird. Soll dieser Kampf so noch weiter gehen, dann müssen wir uns gegen die Opposition richten. Ich habe schon in einer Vorstandssitzung ausgesprochen, daß ich keine große Lust mehr habe, unter solchen Verhältnissen den Vorfall wieder anzunehmen. Ich weiß mir andre Stellungen, wo ich ruhiger und besser arbeiten kann und auch besser bezahlt werde, und mich nicht in solcher Weise beschimpfen lassen muß. Böttcher bedauert, daß seine Broschüre nicht gekauft wird. Wenn auch nur ein einziger fruchtbarer Gedanke darin wäre, so würde ich sie begrüßen. Schon 1896 habe ich gegenüber Böblin erklärt, daß man sich nicht wehren soll, bessere Hilfsmittel zu gebrauchen. Aber Illusionen und Phantasien führen uns nicht weiter. Wir können nur Schritt für Schritt weiterbauen. Auf diesem Wege gehe ich mit nach meinen ganzen Kräften. Unser Ziel ist Freistellung und Freimachung der Arbeitererschaft. Was aber Kollege Mener will, wissen wir nicht, es ist nicht klar. Ich will den Sozialismus, um die Arbeitererschaft vorwärtszubringen, und nicht, daß andre dabei weiterkommen. Das ist der Sozialismus, den wir wollen im Interesse der Arbeitererschaft. Wir können uns nur freunten in der Auffassung über den Weg. Vom bisherigen Wege der Organisation können wir nicht abgehen; wir können nur weiterbauen, bis wir dahin kommen, wo wir wünsch. Wie schwer das ist, hat die letzte Reichstagswahl gefagt. Ein großer Teil der Masse hat einfach verlangt. Der politische Vertreter trägt keine Verantwortung. Er kann stimmen wie er will. Aber in der Gewerkschaftsbewegung kann man jede Minute vor die Situation gestellt sein, sage ich nein oder ja. Dann kommt aber nicht der Gewerkschaftsführer allein in Frage, sondern die ganze Organisation. Wenn das alles beachtet wird, dann wird auch die jegliche Generalversammlung zu Resultaten kommen, die zwar den einen oder andern Teil nicht befriedigen, aber doch dazu beitragen, uns und die gesamte Arbeitererschaft vorwärtszubringen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen oder Nichtstimmungen, bei welchen die Kollegen Engelmeier, Albrecht (Köln), Runzler, Bolliger, Sturz, Böttcher, Gabben, Sesselbach und Sporn beiläufig sind, wird zur Abstimmung der verschiedenen Anträge und Resolutionen zum Vorstandsbericht geschritten.

Zur Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrates wird folgender Antrag Ebel gegen wenige Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung des B. d. B. in Nürnberg hat mit dem lebhaftesten Bedauern davon Kenntnis genommen, daß im neugeschaffenen Reichswirtschaftsrat die Arbeitnehmer des graphischen Gewerbes keinerlei Vertretung erhalten haben. Die Generalversammlung fordert, daß auch den Arbeitnehmern des für das Wirtschaftsleben so außerordentlich wichtigen graphischen Gewerbes eine Vertretung im Reichswirtschaftsrat zugebilligt wird.

Stereotypenkongress

Der fünfte ordentliche Delegiertentag der zentralisierten Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands wird im Namen der Zentralkommission vom zweiten Vorsitzenden derselben, Kollegen Leichmann, eröffnet. Er begrüßt die anwesenden Delegierten sowie die Vertreter des Verbandsvorstandes und die Vertreter der Nürnberger Kollegenschaft. Er gibt ferner dem Wunsch Ausdruck, daß der Kongress einen alle Teilnehmer befriedigenden Verlauf nehmen möge. Der Vorsitzende der Nürnberger Verbandsgemeinschaft, Kollege Weiskopf, begrüßt die Kongressmitglieder und heißt sie in den Mauern Nürnbergs herzlich willkommen. Kollege Ohlberg dankt als Vertreter des Verbandsvorstandes für die Einladung und wünscht, daß die Verhandlungen ein Resultat ergeben mögen, das im Interesse der Sparte wie auch der Gesamtkollegenschaft gelegen sei. Die hierauf verlesene Präzisenliste ergibt die Anwesenheit folgender Delegierten: Berlin: Stenborn, Wenzel, Weiskopf, Schmidt; Weizsäcker; Alsbach; Breslau: Paul Schlotz; Dresden: Heintze; Hamburg: Gilmann; München: Böber; Erfurt: Gohdamer; Essen: Claasen; Stuttgart: Fischer; Hannover: Flebbe; Mannheim: Charb; Nürnberg: Gahner; Königsberg: Lindgum. Als Gäste wohnen den Verhandlungen bei Willand (Regensburg) und Raab (Dortmund). Vom Verbandsvorstande sind anwesend Ohlberg und Brünner. Die Zentralkommission ist vertreten durch Leichmann, Siebler, Schellbach, Jünger.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten, und zum ersten Punkte: „Geschäftsbericht der Zentralkommission“, erhält Kollege Siebler das Wort. In eingehender Weise behandelt er die Ereignisse, die sich in der langen Zeit seit 1911 abgespielt haben, er begründet die Maßnahmen der Z.-K. und gibt an der Hand von reichhaltigem Material die Erklärungen für die Faltung der Z.-K. während des vergangenen Zeitraumes. In der hierauf folgenden Diskussion betont Kollege Wenzel die Schwierigkeiten, die sich bei den Tarifverhandlungen 1911 auch für die Experten ergeben hätten und bedauert das geringe Ergebnis derselben. Im weiteren Verlaufe der Debatte nehmen, zum Teil mehrmals, die Kollegen Schmidt, Stenborn, Charb, Fischer, Alsbach, Baufeld, Claasen, Schellbach das Wort. Im Schlußwort geht Siebler auf die erhobenen Einwände ein und erklärt, daß man die Ursachen für die vorläufig begründete Beschränkung zum größten Teil auf den Krieg und die durch diesen verursachten ungünstigen Verhältnisse zurückzuführen müsse.

Der Kassenericht wird vom Kollegen Schellbach erstattet. Derselbe bringt in seinen Ausführungen hierzu zum Ausdruck, daß der Beitrag bedeutend erhöht werden müsse, wenn die Z.-K. den Wünschen der Kollegenschaft auch nur einigermaßen gerecht werden wolle. So könne es nicht weitergehen. Auch müsse der Kongress darüber Beschlüsse fassen, was mit den in den Jahren 1914 bis 1918 referierenden Beiträgen geschehen soll. Nach längerer Debatte wird ein Antrag Fischer, wonach diese referierenden Beiträge zu erlassen seien, von 1919 ab aber voll nachzahlen sind, angenommen. Die vom Kollegen Stenborn im Namen der Referenten, die die Fälle in musterfähiger Ordnung besunden hätten, beantragte Cassation wird einstimmig angenommen.

Zum dritten Punkte der Tagesordnung: „Anträge zur Tarifberatung“, macht Kollege Leichmann einleitende Ausführungen, in welchen er zum Ausdruck bringt, daß man nichts tun oder unterlassen dürfe, ohne die Gesamtlage im Gewerbe zu berücksichtigen, und daß man sich immer im Rahmen des Erreichbaren und Möglichen halten müsse. In der darauffolgenden Generaldebatte, an der sich die Mehrzahl der Delegierten rege beteiligt, wird die Lage der Stereotypen- und Galvanoplastiker im ganzen Reich eingehend erörtert. In der Spezialberatung, an der sich fast alle Delegierten sowie die Vertreter des Verbandsvorstandes lebhaft beteiligen, werden die einzelnen Fragen behandelt und gelangt eine Resolution Schmidt mit Abänderungsanträgen von Leichmann und Siebler zur einstimmigen Annahme.

Während der Verhandlungen erscheinen der Vorsitzende des Bildungsverbandes, Kollege Dreher, „Herr.“ Redakteur Kollege Schaeffer, Hauptkassierer Kollege Schweinik und der Verbandsvorsitzende Kollege Seib. Kollege Leichmann heißt die Erscheinenden herzlich willkommen und wünscht, daß sie von den Verhandlungen einen glänzenden Eindruck erhalten mögen. Kollege Dreher sowie Kollege Schaeffer beteiligen sich ebenfalls in aufklärendem und informierendem Sinne wiederholt an der Debatte.

Am zweiten Verhandlungstage werden unter dem vierten Punkte der Tagesordnung die „Technischen Mitteilungen“ eingehend behandelt. Kollege Siebler erstattet einen ausführlichen Bericht über Redaktionsführung und Mitarbeiterarbeit. Er behandelt ebenfalls den Ausbau, Erhebungsformin sowie die Verschmelzungsfrage. Er erwartet, daß durch die Beratung ein Boden geschaffen wird, auf dem weitergearbeitet werden kann. Nachdem der Vorsitzende die während der Zeit erschienenen Kollegen Giller vom Verbandsvorstand und Hingst (Hannover) herzlich begrüßt hat, nimmt zunächst Kollege Dreher vom Bildungsverband das Wort. Er führt vornehmlich die Mängel der bisherigen Ausführungen über Bildungswesen und Fachpresse. Er berührt ferner die Frage der Verschmelzung, die allgemein noch nicht durchzuführen sei und macht auf die genossenschaftliche Abteilung aufmerksam. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Arbeit zu unterstützen.

Nach einem Vorschlage des Vorsitzenden, die Anträge auf Beitragserhöhung mit den „E. M.“ gleichzeitlich zu

verhandeln, da an ein Weitererschließen derselben ohne Erhöhung der Beiträge nicht zu denken sei, gibt Kollege Schellbach einen Überblick über die Herstellungskosten und ihre sorgfältige Steigerung. Jede Nummer kostet jetzt 500 Mk., also bei viermaligem Erscheinen 2000 Mk., während an Beiträgen pro Jahr nur etwa 1600 Mk. eingingen. Dazu kämen noch die Ausgaben für alle anderen Druckfachen, Post- und sonstige Unkosten. Wenn andere Zentralkommissionen nach Meinung einiger Delegierten mehr leisten, so liegt das daran, daß andere Spartenmitglieder auch höhere Beiträge zahlen. Nach längerer Debatte, in der Kollege Baufeld die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückweist und aufklärende Mitteilungen über Beschaffung von Material für Artikel und Gewinnung von Mitarbeitern macht, erhält Kollege Siebler das Schlußwort. Dieser wiederholt in seinen Ausführungen den größten Teil der gemachten Angriffe und fügt einzelne Vorkommnisse auf die schon beim Geschäftsberichte betonten mibilligen Umstände zurück. In der Abstimmung wird ein Antrag des Kollegen Claasen, den Beitrag auf monatlich 50 Pf. festzusetzen, einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag Schmidt, der das Weitererschließen der „E. M.“ fordert.

Es folgt hierauf unter Punkt 6: „Organisationsfragen“, zunächst die Beratung der von den Zentralkommissionen zur Generalversammlung gestellten Anträge. Kollege Leichmann geht auf die Gründe und Ursachen, aus denen diese Anträge entstanden seien, ein; er betont, daß sie nicht aus irgendwelchem Machtbegriff gestellt seien, sondern in der Absicht, für die Zukunft eine bessere Grundlage für das Verhältnis der Sparten im Verbandsbereich zu schaffen. Im übrigen verteidigt er sich nicht auf den Vorwurf, sondern er komme ihm darauf an, daß im Sinne dieser Anträge eine Verständigung herbeigeführt werde. Er bittet den Kongress, sich allgemein auf den Boden dieser Anträge zu stellen, im übrigen aber den Vertretern zur Generalversammlung eine gewisse Bewegungsfreiheit zu lassen. Nach einer kurzen Debatte, in der Kollege Schaeffer einige aufklärende Mitteilungen macht und die Kollegen Ohlberg und Siebler erlauben, sich den Ausführungen Leichmanns anzuschließen, entscheidet sich der Kongress in diesem Sinne. Im weiteren wird ein von der Zentralkommission vorgeschlagener Statutenentwurf nach einigen von den Kollegen Baufeld und Alsbach beantragten Änderungen angenommen. Nach Erledigung einiger weiterer organisatorischer Angelegenheiten wird in die Beratung über die Erhebung eines Erhebungsbeitrages eingetreten. Es spielen hier hauptsächlich die großen Kosten des Kongresses eine Rolle und hierbei wird von der Zentralkommission sowie vom Kollegen Ohlberg zum Ausdruck gebracht, daß man ummöglich alles vom Verbandsvorstand verlangen könne. Diese Ausführungen finden beim größten Teile der Delegierten volles Verständnis; es wird aber geltend gemacht, daß die Erhebung eines Erhebungsbeitrages große Schwierigkeiten bereiten würde. Es wird daraufhin ein Antrag des Kollegen Heintze, den Beitrag von 50 Pf. schon ab 1. Januar zu erheben, gegen die Stimme des Kollegen Fischer angenommen.

Die nach Erledigung der Klagenfrage vorgenommene Wahl der Zentralkommission hat folgendes Resultat: Leichmann, erster Vorsitzender; Schmidt, zweiter Vorsitzender; Siebler, Schriftführer; Schellbach, Kassierer; Jünger, Beisitzer. Bei dieser Gelegenheit gedenkt der Kongress des schwerkranken Kollegen Teich, der infolge dieser Krankheit und wegen hohen Alters seinen Posten als Obmann in die Hände des Kongresses zurückgelegt hat. Der Kongress spricht dem Kollegen Teich für seine jahrelange im Interesse der Allgemeinheit geleistete Tätigkeit seinen Dank aus und wünscht ihm eine baldige Genesung.

Hierauf werden als Experten für die Tarifberatungen die Kollegen Wenzel und Alsbach gewählt. „Anker“, „Beschüdes“ werden einige Angelegenheiten lokaler Natur und Beschwerden über familiäre Mibstände besprochen. Das Ergebnis dieser Beratungen soll den Experten als Material überwiesen werden.

Da nunmehr die Tagesordnung erledigt ist, faßt Kollege Leichmann das Ergebnis der letztgenannten Beratungen noch einmal kurz zusammen. Er konstatiert mit Befriedigung, daß beinahe alle Beschlüsse einstimmig gefaßt sind und dankt allen Teilnehmern für ihre Mitarbeit sowie den Kollegen von Nürnberg für die Aufnahme.

Korrespondenzen

Gz. Hamburg. Sein 50jähriges Berufsjubiläum feiert am 3. Juli Kollege E. Lampe als Korrespondent „Hamburger Echo“ (Luzer & An.). 28 Jahre ist unter Kollege bei genannter Firma tätig und erfreut sich einer allgemeinen Beliebtheit, ganz besonders hat auch seine dichtfertige Tätigkeit hierzu beigetragen. Wir überbringen ihm die herzlichsten Glückwünsche und hoffen, daß er noch recht lange Jahre bei besten Gesundheit erfreuen möge.

Leipzig. Die Kollegen Max Leonhardt und Friedrich Petermann, bei Breitkopf & Härtel als Seher konditionierend, konnten am 12. Juni auf eine 50jährige Tätigkeit in Berufe zurückblicken. Die Kollegenschaft hatte es nicht verkannt, beide Jubilare durch eine einfache, schlichte Feste zu ehren. Kollege Leonhardt ging nach Weizsäcker seiner 4. jährigen Lehrzeit bei W. G. Schneider in Leipzig auf Wanderschaft, arbeitete in W. und Pörschheim und kehrte dann nach Leipzig zurück. Kollege Petermann lernte bei W. Keller in Gießen und ging nach zurückgelegter Militärdienst als orientalischer Seher

zu W. Drugulin nach Leipzig, wurde aber nach Beendigung des Neunkundenkampfes nicht wieder eingestell. Seit 1892 ist Kollege Petermann bei Breitkopf & Härtel tätig. Möge beiden Kollegen ein weiterer, sonniger Lebensabend beschieden sein!

Mannheim. In der Bezirksversammlung am 24. April begrüßte der Vorsitzende mit herzlichsten Worten den anwesenden neugewählten Gauvorsitzer, Kollegen Conrad, der nunmehr sein Domizil von Mainz nach hier verlegt hat. Dem verstorbenen Kollegen Jakob Grob, eines für unsre Organisation überaus tätig gewesenen Kollegen, wurde ein ehrender Nachruf gewidmet. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Der Tarifauschuss soll erstakt werden, Mannheim in die Sonderabmachungen für das besetzte Gebiet bezüglich der Lohnabmachungen einzubeziehen. Viel Staub wirbelt das Nachhaken der Streitfrage auf, da einzelne Firmen, entgegen der Zulassung der Prinzipale bei den Einigungsverhandlungen, die Kompensierung loyal zu behandeln, das Nachhaken der vollen 48 Stunden verlangen. Durch Vermittlung des Gauvorstandes wurde beim Verbandsvorstand um Bewilligung der Streikunterstützung ersucht, die dieser auch genehmigte, der Gauvorstand glaubte aber, sich auf einen Beschluß des Gauausschusses zu beschränken, die Ausschaltung verweigern zu müssen, dies damit begründend, durch das Nachhaken wäre ein materieller Verlust für die Beschäftigten entstanden, während die Mitgliedschaft mit Einschluss des Bezirksvorstandes entgegengesetzter Meinung ist, da die Streikfrage nicht bezahlt, sondern durch Nachhaken in Form von Überstunden kompensiert werden mußten. An den Verbandsvorstand wurde diesbezüglich ein Protest gegen den Beschluß des Gauvorstandes gerichtet. Als Delegierte für das hier zu erziehende Graphische Kartell wurden Vorsitzender Hörtig und Kollege Götter gewählt. Das Jahrestest wird am 10. Juli am Orte geleitet. Ausgeschloffen wurde ein Mitglied wegen Streikbruchs. Hierauf wurde die überaus gute Besuche, lebhaft, aber doch sachlich verlaufene Versammlung geschlossen.

München. (Fachverein der Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Am 11. April hielt unser Fachverein seine ordentliche Generalversammlung ab. Vorsitzender Schmitt erstattete den Vereinsbericht und wies auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht hin. Den Kassenericht gab Kollege Gräßl; er fand einstimmig Annahme. Durch die Neuaufnahme von vier Mitgliedern ist die Mitgliederzahl 100 überschritten. Nach Erledigung der eingelaufenen Anträge zur Generalversammlung fand die Zustimmung eines Delegierten zum Stereotypenkongress statt, wobei Kollege Brudner gewählt wurde. Die Beratung der eingelaufenen Anträge der zentralisierten Stereotypen- und Galvanoplastiker zum Kongress wurde verschoben. Da der bisherige Vorsitzende Kollege Schmidt eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Hans Brudner einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Es sei auch an dieser Stelle unsern liebenswürdigen Dank ausgesprochen für seine Tätigkeit im verflochtenen Vereinsjahr. Als Kassierer fungiert auch fernerhin Kollege W. Gräßl. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die gutverlaufene Versammlung geschlossen.

Neuruppin. In unserm am 10. April abgehaltenen, gutbesuchten Versammlung konnte vom Vorsitzenden mit Genugtuung konstatiert werden, daß sich an dem Generalstreik hier alle Gewerkschaften einmütig und vollständig beteiligen haben. Auch die Guttenbergbinder haben neben den Verbandsmitgliedern während der Streikwoche voll durchgehalten. Die neue Steuerzulage wird von allen Druckereien hier am Orte gezahlt. Aber die Malterfrage entspann sich eine längere Debatte, ohne jedoch zu einer alle Teile betreffenden Lösung zu gelangen. Eine längere Besprechung fand auch die Bezirksversammlung; trotzdem unser Bezirk so aneinander gezogen ist, daß nicht alle Bezirksmitglieder bei den letzten Bahnverbindungen an einem Sonntag an einer solchen teilnehmen können, wird doch an der Abhaltung einer solchen festgehalten. Ein Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes wurde von der Versammlung dem Gauvorstand überwiesen. Kollege Siebold legte den Vorschlag im Gewerkschaftskartell nieder.

Wiedenburg a. S. (Bierlehrsbergwerk.) Am 10. Januar fand unter Generalversammlung statt. Der Vorstand wurde wiedergewählt bis auf Schriftführer und Kassierdelegierten. — In der Versammlung vom 7. Februar wurden vier Anträge zur Generalversammlung des Verbandes gestellt sowie die Erstellung einer Gedächtnistafel beschlossen, welche aus einem Wettbewerb der hiesigen Typographischen Vereinigung hervorgehen soll. — Die außerordentliche Versammlung vom 18. Februar beschäftigte sich mit dem Streik in einer hiesigen Metallwarenfabrik, und es wurde beschlossen, pro Mitglied und Woche einen Stundenlohn an die Streikenden abzuführen. — Die Monatsversammlung vom 11. März beschäftigte sich mit der reifungslos verlaufenen Tarifauschussübung und ließ einstimmig Stellungnahme zu dem Rundschreiben des Verbandsvorstandes erkennen. Am Generalstreik beteiligte sich die gesamte Kollegenschaft. Auf dem Verhandlungswege wurde die Anerkennung des Schlichters erreicht.

Rundschau

Nachahmenswertes Beispiel. In Göttingen i. B. überreichte die Firma Non & Ko. ihrem Faktor in der Absichtung Weigand aus Anerkennung für 25jährige Geschäftszugehörigkeit ein wertvolles Geschenk. Meistertätigkeit. Der der Sachverständigenkammer in Meiningen igele der Kollege Robert Lange aus Pörschheim i. Thür. die Meisterprüfung mit dem Prädikat „Gut“ ab.

